



EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 umweltfairaendern.de

BUND Widerspruch abgelehnt – Atomtransporte Jülich Ahaus – Ministerin Neubaur antwortet Landtag

8. September 2025 22:15 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert

Der Widerspruch den BUND gegen 152 Atomtransporte mit hochradioaktivem Atommüll aus Jülich (und zunächst zwei weiteren Atomtransporten aus München-Garching) in das Atommüllzwischenlager Ahaus ist abgelehnt. Das teilt die grüne Wirtschaftsministerin Neubaur in einem Bericht an den Landtag NRW mit. Die Genehmigung, gegen die der BUND vorgeht, ist vom zuständigen Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung BASE vor wenigen Tagen erteilt worden. Der Bericht vom Neubauer listet viele der Abläufe aus den letzten Jahren auf, um die weitere Lagerung des gefährlichen Atommülls in Jülich zu ermöglichen. Auffallend ist aber auch, was nicht benannt wird. Es gibt erhebliche Proteste gegen diese riskanten Atomtransporte. Der BUND in NRW hat zunächst Widerspruch beim Bundesamt eingelegt und im Weiteren eine gerichtliche Prüfung angekündigt. Auch die Stadt Ahaus prüft, Rechtsmittel einzulegen. (Ausgerechnet) die FPD hat nun im Landtag NRW „um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Bis zu 152 Castortransporte von Jülich nach Ahaus genehmigt – Die Landesregierung muss nun endlich Transparenz herstellen gebeten. In der Anlage übersende ich den erbetenen Bericht mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie“, teilt die zuständige Ministerin Neubauer (Grüne) dem Landtag mit. Ein Antrag der Linksfraktion ist am Mittwoch zu diesem Thema auf der Tagesordnung im Umweltausschuss des Bundestags.

Mehr zum Hintergrund über den Umgang mit dem Atommüll in Jülich:

Der Bericht macht deutlich, wie komplex der seit über zehn Jahren andauernde Konflikt ist. Was die Ministerin nicht erwähnt: Nachdem die neue NRW-Landesregierung aus CDU und Grünen „unnötige“ Atomtransporte per Koalitionsvertrag ausgeschlossen hatte, hatte die damalige Ampel-Fraktion u.a. mit dem grünen Bundesumweltministerium und grünen Bundestagsabgeordneten im November 2022 im Haushaltsausschuss einen Maßgabebeschluss herbeigeführt. Der erklärte die Atomtransporte von Jülich nach Ahaus zur Vorzugsvariante, weil kostengünstiger. Sollte NRW weiterhin auf die Variante Neubau eines Zwischenlagers in Jülich bestehen, sollte das Land die Kosten dafür zu 100 Prozent übernehmen. Für den Transport nach Ahaus übernimmt die Bundesregierung 70 Prozent der Kosten, die anderen 30 Prozent bleiben dann beim Land NRW. UmweltFAIRaendern hatte damals darüber berichtet.

Auf diesen Beschluss im Haushaltsausschuss des Bundestags (in nichtöffentlicher Sitzung), der dann von

der Bundesregierung gegenüber dem Betreiber, der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen JEN, durchgereicht wurde, hatte es seitens der Landesregierung bzw. der Wirtschaftsministerin keinerlei Proteste oder Aktivitäten gegeben. Die ehemalige Grüne Umweltministerin Steffi Lemke oder Grüne Abgeordnete im damaligen Haushaltsausschuss haben bislang nicht erklärt, warum sie diese Entscheidung entgegen dem Koalitionsvertrag in NRW und den Bekundungen, diese Transporte abzulehnen, mitgetragen haben.

Dem Bericht der Grünen Ministerin ist auch nicht zu entnehmen, ob und wie sie sich zur Frage des Sofortvollzuges verhalten hat. BASE hatte dem Ministerium in NRW den Entwurf der Genehmigung und seine Empfehlung zur Stellungnahme vorgelegt. Zwar sind in der Tat viele der dort enthaltenen Punkte Geheimschutzaspekte. Aber die Frage Sofortvollzug ja oder nein gehört eigentlich nicht dazu. Die Atombehörde BASE hat zu dieser Frage Wochen vor der endgültigen Entscheidung in einem Presse-Gespräch dazu im Grundsatz informiert. Das Ministerium in NRW hat sich zu diesem Aspekt bislang nicht konkret geäußert.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 umweltfairaendern.de

Gegen hochgefährliche und unnötige Atomtransporte durch NRW: BUND zieht vor Gericht

9. September 2025 23:18 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die zuständige Genehmigungsbehörde (BASE) für die geplanten Atomtransporte mit hochradioaktivem Atommüll von Jülich nach Ahaus teilt mit: „Der BUND NRW e.V. hat am 08.09.2025 einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seines Widerspruches beim Verwaltungsgericht Berlin gestellt.“ Das geht aus einer heute verbreiteten Meldung des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Sicherheit BASE hervor. (Foto: Betreiber, aus diesem Atomreaktor stammt der Atommüll, der noch für tausende Jahre hoch radioaktiv und lebensgefährlich ist.)

Anti-Atom-Gruppen und Verbände mobilisieren weiterhin gegen diese geplanten Atomtransporte zu einer Demonstration am 4. Oktober in Ahaus. Selbst die Polizeigewerkschaft als diese Atomtransporte als unverhältnismäßig abgelehnt. Eigentlich sagt die Landesregierung in NRW, dass diese Atomtransporte „unnötig“ seien, bleibt aber tatenlos. Am Mittwoch sind die Atomtransporte sowohl in einem Ausschuss des

Landtags NRW Thema, also auch im Umweltausschuss des Bundestags, wo die Linksfraktion einen Antrag eingebracht hat.

In seiner Begründung, warum der Sofort-Vollzug der atomrechtlichen Genehmigung auf Antrag von JEN bzw. Orano kein Problem wäre, sagt das BASE u.a.: „Gleichzeitig werden mit dem Transport nach Ahaus keine irreversiblen Fakten geschaffen, da die spätere Abtransportierbarkeit gewährleistet ist.“ Damit beruft sich BASE auf ein aberwitziges Urteil des Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg im Eilverfahren im Zusammenhang mit einem Atomtransport aus La Hague nach Philippsburg, wo das Gericht meinte: Es wäre kein Problem, den Atommüll aus LaHague einfach wieder zurückzuschicken, wenn im Hauptsacheverfahren sich herausstellt, dass der Atomtransport doch rechtswidrig war.

Zwischen Kompetenz, Castor-Transporten und Lösungen

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft JEN besteht seit zehn Jahren. Streit um das Zwischenlager überdeckt die eigentlichen Aufgaben.

Jülich Geburtstagsgeschenke hatten die geladenen Vertreter zum Festakt des zehnjährigen Bestehens der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen am Dienstag im Foyer der Zentralbibliothek des Forschungszentrums Jülich nicht dabei. Die brauchte es nicht, weil man sich kennt, weil man gut und vertrauensvoll zusammenarbeitet. Etwa mit der Stadt, wie es Bürgermeister Axel Fuchs (parteilos) in seinem Grußwort deutlich machte, oder mit dem Forschungszentrum, für das stellvertretend Vorständin Dr. Stephanie Bauer davon sprach, dass die JEN „in vorbildlicher Weise für Ausdauer, Fachwissen und allerhöchste Sorgfalt“ stehe, und vor allem darauf verwies, dass die JEN für das Forschungszentrum ein wichtiger Partner für die Zukunft ist.

Flächen werden wieder freiDie JEN hat in Teilen die Arbeit des FZJ übernommen, als vor zehn Jahren der Nuklearbereich der früheren Kernforschungsanlage und die Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH in der JEN zusammengeführt worden sind. Das lenkt den Blick auf eine der wichtigen Aufgaben der JEN: den Rückbau der kerntechnischen Anlagen innerhalb des Forschungszentrums. Wenn der Schritt für Schritt abgeschlossen ist, werden auf dem Campus wieder Flächen frei. Nichts weniger als das Bild von der „grünen Wiese“ ist das Ziel, wie es an diesem Tag Beate Kallenbach-Herbert von der JEN-Geschäftsführung formulierte.

„Wir haben bei der Beseitigung der nuklearen Altlasten in den zehn Jahren bereits entscheidende Fortschritte gemacht, auch wenn die Hauptarbeit innerhalb der Mauern der Gebäu-

de stattfindet“, formulierte es Dr. Martin Hillebrecht von Liebenstein als Aufsichtsratsvorsitzender der JEN. Und natürlich lässt er nicht unerwähnt, dass man fast schon glauben könnte, dass mit der Erteilung der Genehmigung für die anstehenden Castortransporte auch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) der JEN ein Geburtstagsgeschenk machen wollte. Allerdings wäre es dann ein Geschenk, das mit viel Arbeit verbunden ist: „Der Weg ist noch nicht abgeschlossen. Noch ist keine Brennelementekugel in Ahaus“, betonte er.

Das Geschenk dürfte dann eher darin bestehen, dass die JEN die geerbte Aufgabe der 2014 verfügbaren Räumung des Jülicher Zwischenlagers jetzt umsetzen und im Idealfall zügig abschließen kann, um sich wieder der eigentlichen Aufgabe zu widmen: dem Rückbau der kerntechnischen Anlagen. Auch Kallenbach-Herbert hat die Transporte vor Augen: „Wir sind bereit und warten auf den Startpunkt“, formulierte sie, skizzierte, wie bis zum Jahr 2040 der Fortschritt der Rückbauarbeiten aussehen könnte und nutzte die Gelegenheit, Bund und Land, die die Arbeit der JEN anteilig finanzieren, in die Pflicht zu nehmen.

Sie baut auf eine verlässliche Finanzierung, die Entscheidungsfreude aller Beteiligten und Flexibilität bei der Personalplanung, um gute Mitarbeiter bei der JEN zu halten, oder sie zu holen. Drei recht simple Geburtstagswünsche. Die ergeben auch deshalb Sinn, weil – wie Stefan Müller vom Bundesforschungsministerium es verdeutlichte – die JEN noch eine weitere wichtige Rol-

le übernimmt: Sie steht ebenso für den Kompetenzerhalt in der nuklearen Sicherheit. Mit anderen Worten: Da, wo nicht mehr geforscht wird, muss für den Rückbau umso dringlicher das Wissen erhalten bleiben.

Ein Geburtstagsgeschenk gab es dann vielleicht doch noch. Beate Kallenbach-Herbert konnte sich darüber freuen, dass nach derzeitigem Planungsstand das neue JEN-Verwaltungsgebäude 2028 fertiggestellt sein soll – 13 Jahre nach Gründung der JEN. Immerhin. Nicht nur Transportgenehmigungen dauern lange. Und irgendwie hatte dann auch noch Prof. Dr. Phillip Fest von der Atomaufsicht des NRW-Wirtschaftsministeriums etwas parat, womit nicht unbedingt zu rechnen war: nämlich eine Erkenntnis. Fest sprach zunächst von ganz besonderen Herausforderungen, weil die JEN eben nicht serielle Anlagen zurückbaue, sondern ganz individuelle, einmalige Lösungen finden müsse, die es dementsprechend zu beaufsichtigen gelte. Und mit Blick auf die von seinem Ministerium angeordnete Räumung des Jülicher Zwischenlagers im Jahr 2014 betonte er: „Für die Öffentlichkeit ist es nicht vermittelbar, dass wir zehn Jahre lang ein ungenutztes Zwischenlager gehabt haben.“ Denn: „Nuklearmaterial gehört rechtmäßig gelagert. Alles andere wäre ein Straftatbestand.“ Fest weiter: „Daraus müssen wir lernen. Wir müssen effizientere Abläufe erreichen.“ Darüber hätte man beim anschließenden neu-deutschen „Get-together“ mit „Flying Buffet“ bequem mit Vertretern des BASE reden können – die waren aber nicht vor Ort.

Wörter: 657
Autor/-in: von Burkhard Giesen
Seite: 13
Ressort: Jülich
Rubrik: Jülicher Zeitung
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage: 4.467 (gedruckt)¹
4.658 (verkauft)¹
4.694 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,01985 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 10/2024

² von PMG gewichtet 7/2025